

Der Gesellschafter.

Nr. 22.

Freitag den 14. März

1856

Württembergische Chronik.

Ernennungen, Beförderungen u.

In Folge höchster Entschliessung haben Se. Königl. Majestät den Hauptmann v. Schnizer der R. Artillerie wegen durch körperliche Leiden herbeigeführter Dienstuntüchtigkeit seiner Bitte gemäß in den Ruhestand versetzt und ihm bei diesem Anlasse den Charakter als Major gnädigst verliehen; den bisherigen Trigonometer Köhler zum Registratur bei dem Steuercollegium für die Catasterbureau und Plans-Registratur gnädigst ernannt; den Trigonometer Rieth als Expeditor bei dem statistisch-topographischen Bureau in Gnadon eingetheilt; den Salinesassenbuchhalter Keller in Friedrichshall zum Kanzlei-Assistenten bei dem Bergrath, den Direktor des Gerichtshofes in Tübingen, Herrn v. Breitschwert, zum Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Johann den Direktor des Gerichtshofes in Göttingen, v. Pfaff, den Direktor des Gerichtshofes zu Ulm, v. Zeier, den Obertribunalrath Freiherr v. Wächter in Stuttgart und den Oberjustizrath v. Willardts in Göttingen zu Königl. Mitgliedern des Staatsgerichtshofes gnädigst ernannt.

Zum Oberamtswundarzt in Marbach wurde der prakt. Arzt Dr. Paulus ernannt.

Der erleb. 6te kath. Schuldienst in Rottenburg wurde dem bisherigen Schulmeister Wendelstein in Wangen; der erleb. 10te kath. Schul-, Messener- und Ergarthen- und in Dägingen, Oth. Böblingen, dem bisherigen Schulamtsverw. Engelbert Wail in Ebersberg und der erleb. Schuldienst in Langenbrand, Def. Neuenburg, dem Institutsvorsteher Rau in Friedrichshafen übertragen.

Gesörben.

Zu Reutlingen: Oberreallehrer Wacker, 53 J. alt; zu Rogingen: der evang. Pfarrer Neuffer, 48 J. alt; zu Ludwigsburg: Casmeralverwalter a. D. Bisfinger, 80 J. alt; zu Schloss Neresheim: der gew. Amtsrichter und Gerichtsnotar Wiedenmann, 48 J. alt; zu Stuttgart: Karl Pfeilschicker, Pfarrer a. D., 44 J. alt.

Für die unter besonderer Staatsaufsicht stehende Gemeinde Wildberg wurde der Stadtschultheißenamts-Aktuar Nestel in Göttingen als Ortsvorsteher ernannt.

Stuttgart, 7. März (12. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertisch: Febr. v. Linden und Regierungsrath Goltzer. Tagesordnung: Die Wahl Dr. Schnizer's in Niedlingen. Die Kommission stellt einstimmig den Antrag, die Wahl für legitimirt anzusehen. Wohl zum Grundsatz: ein Redakteur stehe gar nie unter Privatienstherrschafft Dessen, der die Mittel zum Verlage herbeige; er sei von Schnizer's persönlichem Verhältniß zum Beobachter ganz ab. Camerer geht bei Beurtheilung der Frage: ob Privatienstverhältniß oder nicht, davon aus, ob einer von dem Willen eines Andern abhängig sei oder nicht. Er unterscheidet von den Redakteuren wissenschaftlicher und politischer Zeitungen. Letztere Redactoren seien von der Tendenz des Blattes und damit vom Verleger abhängig. Schnizer wird für legitimirt erklärt. Nachdem derselbe eingeführt und vom Präsidenten auf seinen früheren Eid verwiesen worden, spricht er folgende Worte an die Versammlung: „Als ich vor 5 Jahren mit meinen politischen Freunden aus diesem Saale schied, geschah es im Kampfe für das verfassungsmäßige Recht der Landesvertretung. Die Zeit ist inzwischen eine andere geworden,

manche Erungenschaft ist uns entrissen, manche durch die Macht der Verhältnisse aufgegeben worden. Die Verfassung von 1849 aber ist geblieben als ein Damm gegen die Reaction. Auf sie gestützt, können wir nichts Anderes wollen, als die Erhaltung dessen, was als Recht und Gesetz im Lande gilt. Dies ist das Verlangen des ganzen Landes, in diesem Sinn sind ich und Sie, meine Herren, gewählt und dies wird auch meine Richtschnur sein.“ — In die Commission zur Prüfung des ständischen Sustentationskasse werden gewählt: Troll, Schlegel, Kaufser, Heim und Keller v. S. — In die Ablösungskommission werden gewählt: Wiest v. S., Hölder, Duvernoy, Moser, Prälat v. Moser, Gienwein, Pfeiser, Knupper und Lupberger. — Ott zum Kulturgesetz wünscht baldige Vorlage desselben und erneuert seine Bitte um Entschädigungsgesetz für die im Kriege erlittene Brandverluste; er stellt für die nächste Session eine Motion in dieser Richtung in Aussicht.

— 8. März. (13. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertisch: Finanzminister v. Knapp und Febr. v. Linden. Eingelassen eine Eingabe von Herz und Rottenburg um Erbauung der obern Neckarthalbahn. Hauptgegenstand der Tagesordnung bilden die Eingaben wegen Erbauung der eben angeführten Bahnstrecke. Die Kommission will einstimmig nicht nur die Bahn überhaupt bauen, sondern sogar die Erigenz noch vor der Vertagung verwilligen und die Regierung überdies bitten, die technischen Vorarbeiten bald möglichst vornehmen zu lassen. Wohl leitet die Debatte durch einige vorgelesene Aktenstücke ein. v. Mehring spricht gegen den Commissionsantrag. Er beantragt, man soll alle verfügbaren Mittel zum Eisenbahnbau dafür verwenden, daß nach jenen Theilen des Landes, wo es am Vortheilhaftesten sei, Schienenwege angelegt werden. — H. v. D. will in erster Linie Staatsbau; da unsere Staatsbahn einen so erfreulichen Ausschwingung genommen, so sei auch für neue Linien keine Gefahr, v. Gzel habe gesagt: die Linie von Rottenburg bis Bockingen werde die rentabelste werden. Ein neues Moment für diesen Bau sei der bevorstehende Bau der Kinzigthalbahn durch Baden. Die Schweizer geben aber der Neckarthalbahn den Vorzug. v. Böllwarth: Man dürfe nur das allgemeine Landesinteresse ins Auge fassen und die Regierung nicht drängen, sondern man solle ihr das Nähere überlassen. G. v. D. kann die Befürchtung nicht theilen, daß die Neckarbahn eine Sachbahn werde. Andere Staaten nehmen darauf Bedacht, die Eisenbahnen zu erweitern und Privatunternehmungen durch Zinsengarantie zu fördern. Ob man denn vor einem Aufwande, wie ihn die Neckarbahn erheische, in Schrecken gerathe? Man könnte die Neckarbahn und die nach Pforzheim und Nördlingen zugleich bauen. Er möchte hauptsächlich bitten, Verhandlungen wegen Anschlusses ge-

gen Schaffhausen hin anzuknüpfen. Er habe den Herrn Finanzminister in gerechtem Verdacht, daß er die Neckarbahn deshalb nicht an Private überlasse, weil er mit großer Zuversicht darauf rechne, aus dieser Bahn dem Staate eine bedeutende Finanzquelle zu erwerben. — Grathwohl unterstützt den Antrag Fezer's, vorläufig eine telegraphische Verbindung mit Reutlingen und Tübingen herzustellen. v. Barmbüler ist für Staatsbau; nicht sowohl für die Gewerbe als für die Landwirtschaft sei der Eisbahnbau ein Vortheil. Mohl spricht für den Commissionsantrag und Staatsbau. Finanzminister v. Knapp: Er habe bisher geschwiegen, um die Ansichten der Kammer vorher entgegenzunehmen. Die Kammer habe die Absichten der Regierung aus der Eröffnungsrede vernommen. Die Regierung habe der Nördlinger Bahn die Priorität geben zu müssen geglaubt, weil durch sie eine große fühlbare Lücke im deutschen Eisenbahnnetz ausgefüllt werde, sofern beim Verkehre mit Leipzig durch diese Bahn ein Umweg von 24 Stunden erspart werde. Die Regierung habe die allgemeinen Interessen ins Auge gefaßt. Man habe entgegengehalten, man könnte diese Bahnen auf einmal bauen. Im gewöhnlichen Leben habe man auf den nicht viel, der so viel auf einmal anjange, man halte einen solchen für einen schlechten Haushälter. Wie die Straßen nicht auf einmal gebaut worden seien, so können auch die Eisenbahnen nicht auf einmal gebaut werden. Für die Neckarbahn sprechen allerdings volkswirtschaftliche und Rücksichten des innern Verkehrs. Aber so wie die Sachen jetzt stehen, werde der innere Verkehr der Art sein, daß er die Betriebskosten kaum decken werde. Hiermit komme er auf die finanzielle Seite der Sache. Die Regierung habe es nach 5jährigem Kampfe dahin gebracht, daß die Einnahmen wieder im Gleichgewicht zu den Ausgaben stehen; dieses Gleichgewicht möchte er nicht gestört sehen. Am besten werde es sein, wenn die Kammer die Entscheidung in der Sache der Regierung, welche nur die allgemeinen Interesse im Auge habe, überlasse. Hierauf sprach noch v. Schlayer und Pfeifer für den Commissionsantrag und hauptsächlich gegen die Einwendungen des Herrn Finanzministers. — Der Commissionsantrag wird zuerst mit großer Mehrheit, und bei namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 11 Stimmen angenommen.

— 10. März. (14. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) v. Barmbüler ist Vorstand der Commission für innere Verwaltung, v. Schlayer Stellvertreter. Prälat v. Hauber ist Vorstand der Kirchen- und Schulkommission, Dome. v. Ritz Stellvertreter. Wiest v. S. ist Vorstand der Ablösungskommission und Duvernoy Stellvertreter. Tagesordnung: Zweiter Bericht der Uracher Wahl. Der Bericht ist nicht zu Gunsten des Raht ausgefallen und wird Müller schön mit 70 gegen 17 Stimmen für legitimirt erklärt. — Um 12 Uhr gemeinschaftliche Sitzung zur Ausschuswahl. Engerer Ausschuss: Staatsminister v. Gärtner, Frhr. v. Hofer, Camerer und Groß. Weiterer Ausschuss: Graf v. Rechberg, Troll, Joler, C. v. Dw, Grathwohl und Schuster. Hierauf wird die Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt.

Stuttgart, 11. März. Die Stände sind nun ver-

tagt und nachdem sie gestern noch sich zu einem Abschiedsmahle vereinigt hatten, der großen Mehrzahl nach bereits wieder nach Hause zurückgekehrt. Auf wie lange, kann jetzt noch Niemand wissen, doch glaubt man allgemein, daß die Wiederberufung nicht vor dem Monat September zu erwarten sein werde. Eigentliche Geschäfte erledigen, konnte diesmal die Ständeversammlung nicht; sie wurden eben auf den verfassungsmäßig äußersten Termin berufen, um sich zu konstituiren, ihre Kommissionen und den neuen Ausschuss zu bilden, damit die nöthigen Vorarbeiten für die spätere Berufung des Landtags vorgenommen werden können, sobald sich die Regierung in der Lage befindet, Vorlagen von Belang zu machen, was übrigens nicht zu lange anstehen dürfte. (H. L.)

Dem Schwarzwälder-Boten wird aus Stuttgart geschrieben: Unserem Finanzminister v. Knapp ist ein bayrisches Minister-Portefeuille angeboten, von ihm aber abgelehnt worden — nach einem hier umlaufenden Gerüchte, das auch in auswärtigen Blättern Erwähnung fand.

Ludwigsburg, 6. März. Heute kam die Anklagesache gegen den vormaligen Oberwachtmeister Mayer vom 3. Reiterregiment und Genossen, wegen gewerbsmäßigen Betrugs, vor dem hiesigen Schwurgerichte bei gedrängt vollen Zuhörerräumen zur Verhandlung. Mayer, der im Jahr 1854 Schultheiß in Bittenfeld geworden war, ist angeklagt, als Oberwachtmeister und Magazinier des 3. Reiterregiments sich betrügerischerweise 770 fl. 23 kr. angeeignet zu haben. Drei Lieferanten: Jakob Meyle von Thamm, jetzt auf dem Fürstenhof, und Friederike, Ehefrau des Traubenwirth Kruf in Gerlingen, wurden auch in Untersuchung gezogen und der Beihülfe zum Betrüge angeschuldigt. Außer der Mayerschen Ehefrau und den Lieferanten ist noch ein vormalige Heubinder, Johann Sachs, Bauernknecht von Weiler, D. A. Geißlingen, der Beihülfe zum Betrug angeklagt. Sämmtliche Angeklagte wurden von den Geschworenen für schuldig erklärt und Mayer zu einer Arbeitshausstrafe von 3 1/2 Jahren, seine Frau zu 6wöchigem Bezirksgefängniß und Verlust der Ehrenrechte, die Lieferantin Kruf zu 2 1/2 Monat Zuchtpolizeihaus, der Lieferant Meyle zu 14 und der Häcklingschneider Sachs zu 10 Tagen Bezirksgefängniß verurtheilt. (M. E.)

Tages-Neuigkeiten.

Die zweite bayrische Kammer hat den Bau von Eisenbahnen durch Privatunternehmer von Nürnberg über Amberg nach Regensburg, von München über Landshut an die Donau, von der Amberg-Regensburger Eisenbahn an die Landesgrenze gegen Pilsen und von Regensburg nach Passau unter Uebnahme einer Zinsgarantie von 4 1/2 pCt. seitens des Staats genehmigt.

Der Weimarische Landtag hat sich mit 16 gegen 14 Stimmen für die Wiedereinführung der Todesstrafe entschieden. Die Strafe soll mit dem Fallbeil vollzogen werden. Eigenthümlich ist, daß die Todesstrafen nicht von dem Großherzog bestätigt werden, sondern ihm nur die

m Abschieds-
nach bereits
lange, kann
gemein, daß
ember zu er-
digen, konnte
wurden eben
berufen, um
den neuen
arbeiten für
men werden
nge befindet,
eis nicht zu
(H. T.)

Stuttgart
pp ist ein
von ihm
umlaufenden
Gewährung

m die An-
ter Mayer
gewerbsmä-
che bei ge-
g. Mayer,
worden war,
ajaziner des
fl. 23 fr.
Meyle von
ricke, Ehe-
urden auch
m Berruge
nd den Lie-
am Sachs,
der Bei-
klage wur-
erklärt und
2 Jahren,
und Verlust
onat Zucht-
der Hädere-
angriff ver-
(U. E.)

Bau von
von Mün-
nchen über
rensburger
und von
er Zinsen-
hmigt.
t 16 gegen
des Strafe
vollzogen
nicht von
m nur die

Anfrage vorgelegt werden soll, ob er Gnade für Recht er-
gehen lassen wolle.

Am 1. März war es ein Jahr, daß Kaiser Niko-
laus gestorben ist. Der Trauerfeierlichk. it im russischen
Gesandtschaftspalast in Berlin wohnte der König von
Preußen mit allen Prinzen und hohen Generalen bei. Die
Illustrirte Zeitung bringt die Todtenmaske des Kaisers und
fragt liebei: „Wer schreibt die Inschrift auf sein Grab
und wie lautet sie? Der Kaiser wird hiebei als der letzte
ächte russische Czar bezeichnet. Es zeige ein Rückblick auf
sein Leben als Kaiser besonders zwei Momente, die für seine
Regierung bedingend gewesen wären; er habe nämlich die
Aufgabe verkannt, welche ihm Alexander in Bezug auf die
theilweise angebahnte Umwandlung der Staatsverwaltung
hinterlassen habe und er habe diejenigen Anforderungen miß-
verstanden, welche das 19. Jahrhundert an einen Czaren
stelle, der sein Reich in die Reihe europäischer Staaten
eingesetzt wissen wolle. Auch wären unzweifelhaft die Re-
formen Czar's ohne irgend welche revolutionäre Zwischen-
fälle bereits brendigt, wenn Nicolaus in dem Sinne regiert
hätte, wie Alexander im Beginne seiner Herrschaft.

Berlin, 3. März. Graf Pfeil ist aus der Fra-
tion v. Gerlach ausgeschieden und will eine Partei allein
bilden. Den Beamten in der Kammer ist ein Wink von
oben geworden, mit ihrer Verfolgung gegen die Verfassung
einzuhalten. Es ist deshalb nicht zu fürchten, daß sie aus
Kammersaulüssen Paulusse werden.

Wenn es wahr ist, was ein Berichterstatter dem deut-
schen Museum schreibt, so kümmert sich Niemand in ganz
Deutschland weniger darum, was in den preussischen Kam-
mern vorgeht, als das preussische Volk. „Rechte und
Linke zerfleischen sich, Herr Wenzel ruft den „Fluch der
Nachwelt“ herab, welche durch ihre Abstimmungen das
Volk absichtlich zu „Skaven“ machen — und das Volk?
je nun, es läßt Reden halten und Gesetze machen nach Be-
lieben und lebt inzwischen frisch in den Tag hinein; es
nimmt höchstens von den Lebensfragen, die jetzt vielleicht
auf lange Zeitgestellt werden, Kenntniß, um sich darüber
lustig zu machen, die Zeitungen mögen ihre Schuldigkeit
thun, so viel sie wollen, der wahre Ausdruck der politi-
schen Stimmung ist und bleibt „Kladderadatsch.“ Und selbst
Kladderadatsch erklärte in seinem Briefkasten, er hätte der
Kammerwige gerade genug, sie sungen an langweilig zu
werden.“ Ist ein Volk, das die schwerwiegendsten und fol-
genreichsten Beschlüsse mit frivolom Achselzucken entgegen
nimmt, des parlamentarischen Lebens überdrüssig? oder noch
nicht reif dazu? — „O nein, aber der unsichtbare Gens-
darm, den wir Schriftsteller seit einigen Jahren wieder hin-
ter uns haben, zupft mich beim Ohr und erinnert, daß es
nicht gerathen ist, alles herauszuschreiben, was in der Fe-
der steckt.“ (Dij.)

Berlin, 10. März. Ein um die Stadt Berlin
hochverdienter Mann, der Generalpolizeidirektor v. Hinkel-
bey, ist das Opfer eines Zweifelmyps geworden. Als
seinen Gegner bezeichnet man den Hofmarschall v. Kochow,
führern Marschall der Ständekurie des vereinigten Landtags.
Wir können, so fügt die Börsenzeitung hinzu, aus eigener
Wahrnehmung versichern, daß ganz Berlin in eine trauer-

volle Bestürzung versetzt ist. Die N. Br. Z. meldet das-
selbe Ereigniß. Auch sie nennt den Herrn v. Kochow auf
Pleschow als den Gegner des Herrn v. Hinkelbey, welch
letzterer tödtlich in die Brust getroffen und wenige Minuten
später gestorben sei.

Paris, 9. März. Der heutige Moniteur meldet,
der Kaiser habe, da in Voraussicht des Friedens zahlreiche
industrielle Unternehmungen entstanden und täglich Gesuche
von Gesellschaften an die Staatsverwaltung eingingen, ent-
schieden, daß, welcher auch der Ausgang der Unterhand-
lungen sei, kein Unternehmen, das die Ausgabe von Aktien
erheische, vor dem Ablauf des Jahres 1856 gestattet wer-
den würde. (Rln. 3.)

Paris, 10. März. Prinz Jerome Bonaparte wurde
am Freitag Abend von einer Lungenentzündung befallen,
die sich mit bedrohlichen Symptomen angekündigt hatte,
welche jedoch glücklicherweise bald verschwunden sind, so
meldet der Moniteur und das letzte Bulletin von gestern
Abend konstatierte eine fortdauernde Besserung. (H. T.)

Paris, 10. März. In der heutigen Sitzung des
Kongresses hat die Friedensfrage einen guten Schritt vor-
wärts gemacht. Man sieht auf beiden Seiten ein, daß
die Verlängerung dieses ungewissen Zustandes zwischen
Krieg und Friede, zwischen Handel und Gewerbe noch nach-
theiliger wirken würde, als der wahre Kriegszustand. Dies
soll Rußland veranlaßt haben, bedeutender von seinem bis-
herigen Festhalten an gewissen Punkten nachzulassen, wäh-
rend die Westmächte diesem versöhnlichen Geiste durch Nach-
giebigkeit ihresseits auch entgegenkommen. Man soll höhern
Orts sehr wünschen, daß die Unterzeichnung des Friedens
mit der Geburt des erwarteten Thronfolgers zusammenfal-
len möchte. Die Erfüllung dieses patriotischen Wunsches
möchte nun bei der großen Menge und Wichtigkeit der zu
erörternden Punkte allerdings schwer zu erlangen sein, allein
der Napoleonische Stern hat uns schon so viel Unerwar-
tetes gegeben, daß wir auch an dem Zusammentreffen der
Geburt eines Napoleonischen Thronerben u. d. dem Abschluß
eines Pariser Friedens im Jahr 1856 nicht verzweifeln
dürfen. (St. A.)

Aus London wird berichtet: Es ist unmöglich, die
außerordentlichen, alles Maß übersteigenden Anstrengungen
und Vorbereitungen zu übergehen, die in den Kriegshä-
fen Englands gemacht werden. Die Anwerbungen von
Matrosen dauern fort, neue Fahrzeuge laufen vom Stapel,
alte werden wieder hervorgeholt und frisch ausgerüstet, an-
dere werden zu schwimmenden Pulverbehältern umgewan-
delt und von Woolwich wie von Leeds werden neue Ab-
theilungen von Artillerie in die Krimm gesandt. — W.
Russell, der bekannte Berichterstatter der Times ist wieder
in die Krimm gereist.

Gedanken über eine etwaige Einführung der Gewerbefreiheit in Württemberg.

(Eingefendet.)

Die Kunde von der bevorstehenden Revision der Ge-
werbeordnung und des damit zusammenhängenden Zunft-
wesens hat fast überall die Hoffnung hervorgeworfen, daß
auch Württemberg in nicht zu fernem Zeit sich die Vortheile

2
der Gewerbefreiheit aneignen werde. So lange die Gewerbe im Entstehen begriffen waren und die Erwerbung des Rechtes zum Betriebe eines Gewerbes große Opfer erforderte, wirkte der Zunftzwang wohlthätig; nachdem aber fremde Concurrenz zugelassen wurde, Fabriken und Manufakturen entstanden, der Handel mit nicht selbst gefertigten Fabrikaten erlaubt, die Freizügigkeit erleichtert wurde und die Erwerbung des Rechtes zur Ausübung eines selbstständigen Gewerbebetriebs nicht mehr mit so bedeutenden Opfern verbunden ist; seit vollends die erstaunlichen Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Technik und Mechanik eine gänzliche Umgestaltung des früheren gewerblichen Betriebs in Aussicht stellen und auch die veranstalteten Industrieausstellungen gezeigt haben, daß wir ohne diese Umgestaltung die fremde Concurrenz nicht bestehen können; nachdem endlich Oesterreich, auf das man sich bei Geltung des mittelalterlichen Zunftwesens immer noch mit einigem Rechte berufen konnte, völlige Gewerbefreiheit gewähren soll (s. Gewerbeblatt aus Württemberg, Nr. 51) und andere deutsche Staaten mit Ertheilung de. selben theils schon vorgegangen sind, theils nachzusehen im Begriffe stehen: wird auch Württemberg, das in dieser Hinsicht indessen allen billigen Anforderungen Rechnung getragen hat, nicht stehen bleiben und es ist mehr als wahrscheinlich, daß das althergebrachte Zunftwesen und der Zunftzwang untergehen und vollkommener Gewerbefreiheit weichen werden. Welche Folgen wird aber die Einführung völliger Gewerbefreiheit haben? Manche versprechen sich davon die Rückkehr des goldenen Zeitalters, Andere sehen den gänzlichen Untergang des noch übrigen Wohlstandes voraus. Beide Ansichten sind einander geradezu entgegengesetzt und die Wahrheit dürfte auch hier in der Mitte liegen. Wird bei der Revision der fraglichen Gesetze nur der Grundsatz festgehalten: „Ein Jeder darf treiben, was er kann“, ohne daß fernerhin der Nachweis des Könnens und eine bestimmte Reise zum selbstständigen Geschäftsbetrieb gefordert würde, so hätten wir bald eine noch bedeutendere Menge von Meistern und Fabrikanten jeder Art, von welchen Viele Alles zu können glaubten, obwohl sie nichts gelernt hätten, eben deshalb baldigem Ruin entgegen gingen und endlich das Proletariat vermehrten. Aus diesem Grunde schon dürfte es etwas bedenklich sein, die gewerbliche Betriebsberechtigung an keinen Nachweis des Könnens und an kein bestimmtes Alter zu knüpfen, wenn gleichwohl eine solche Bedingung dem Begriff von Gewerbefreiheit etwas zuwider läuft. Dieser Zeitpunkt in der Entwicklung der vorausgesagten Folgen der unbedingten Gewerbefreiheit würde jedoch den unausbleiblichen Durchgangspunkt zum Bessern bilden. Noch lernt beten, sagt das Sprichwort, aber auch denken und arbeiten. Die Talente und das Capital werden sich einigen und sich allerwärts des gewerblichen Betriebs bemächtigen, die Kleingewerbe werden fast überall aufhören müssen und an ihre Stelle wird mehr Fabrikbetrieb treten, was am baldesten dadurch angebahnt wird, daß tüchtige und unternehmende Männer mehrere zusammenhängende, einander unterstützende Gewerbe betreiben werden; allerdings war diese Einigung bei dem noch jetzt bestehenden Zunftzwang bisher nicht möglich. Der Metzger, um in einem Beispiele zu

sprechen, wird seine Häute selbst gerben, sein Fett selbst zu Lichtern und Seife, das erzeugte Leder vielleicht selbst verarbeiten lassen und sich Absatzwege suchen; der Landwirth wird die der Erde abgewonnenen Produkte weniger mehr als Rohprodukte, sondern häufiger als Fabrikate verwerthen u. s. w. Auf diese Weise werden die Nachteile des Zwischenhandels immer mehr verschwinden. Endlich, wenn man durch Schaden klug geworden ist, wird man einsehen lernen, daß nur das Capital und die Intelligenz bezeugen sein können, technische Uterechnungen zu gründen und zu leiten; wir werden dann weniger selbstständige Meister, aber desto mehr fleißige und tüchtige Arbeiter haben und das Sprichwort: „Den Gefhidten hält man werth, den Ungeschickten Niemand begehrt“ wird zur unmissbaren Geltung kommen. Der gute und solide Arbeiter wird sein ungesorgteres, wenn auch mehr durch Arbeit gewürztes Brod haben, während ein anderer Theil der Arbeitskräfte, der sich weniger zum gewerblichen Betriebe eignet, der Landwirtschaft erhalten bleibt. Nur auf diese Weise regeneriert und gekräftigt, halten wir unsern Gewerbebestand für fähig, fernere die Concurrenz von Aussen und nach Aussen zu bewältigen. Will man auf der einmal betretenen Bahn des Fortschritts auf gewerblichem Gebiete verharren, so muß die Haupt Sorge der Staatsorgane, denen die Erziehung und der Unterricht dieser Classen von Staatsbürgern anvertraut ist, dahin gerichtet sein, eine zweckmäßige Durchbildung derselben anzubahnen. Zwar war die hohe Regierung unseres allergnädigsten Königs immer bemüht, Wohlstand und Aufklärung unter den Staatsangehörigen, namentlich aber unter dem Gewerbebestande zu fördern, wozu die Errichtung einer eigenen Centralstelle für Gewerbe und Handel, der Handels- und Gewerbekammer, die Gründung einer Exportgesellschaft, sowie die in neuerer und neuester Zeit errichteten Real- und gewerblichen Fortbildungsschulen zeugen; allein diese Institute, mit Ausnahme der R. Centralstelle, bedürfen theils einer kräftigeren materiellen Unterstützung, theils der Vermehrung der Lehrkräfte und auch einer mehr ihrer Bestimmung entsprechenden Leitung. Aenderungen zu genannten Zwecken würden vielleicht auch einen erhöhten Aufwand verursachen, doch auch dieser könnte nach Einführung der Gewerbefreiheit und Aufhebung der Zünfte wohl aufgebracht werden. Bereits hört man da und dort die Frage erörtern: „Was soll mit dem in den Zunftladen befindlichen Gelde geschehen?“ Ein Theil der Gewerbetreibenden will es unter sich vertheilt wissen, ein anderer Theil glaubt, die Staatskasse könnte es an sich ziehen wollen und Viele meinen, man könnte diese Gelder theils zu einem Unterstützungsfond für hilfsbedürftige, namentlich kranke Arbeiter, theils aber auch für oben genannte gewerbliche Institute verwenden. In wie weit sich die Gesetzgebung mit den berührten Fragen beschäftigen wird, ist uns ganz unbekannt, wir haben uns nur bemüht, den auf dem Lande sich kundgebenden Ansichten einen getreuen Ausdruck zu geben.

Auflösung der Charade in Nr. 20:
Pantoffel.